



Newsletter 30 vom 01.11.2019

Proteste der Landwirte ernst nehmen

Die bundesweiten Proteste von Landwirten haben große Aufmerksamkeit erzeugt. Auch in Schleswig-Holstein fand am 22. Oktober eine bemerkenswerte Protestaktion in Rendsburg statt. Ein Treffen der wichtigsten Organisatoren mit Ministerin Julia Klöckner verlief freundlich, doch ohne dass die Erwartungen der Landwirte voll erfüllt wurden.

Meine Meinung

Die in den Protesten zum Ausdruck gekommene Dramatik macht deutlich, wie groß das Spannungsfeld ist, wenn es um Pflanzenschutzmittel, Artenvielfalt, Tierhaltung und Ernährung geht.

Bei der Kundgebung haben die Bauern aber vor allem eines klar gemacht: Sie fühlen sich missverstanden, benachteiligt und haben Angst vor der Zukunft. Sie kämpfen nicht nur mit hohen Auflagen und enormer Bürokratie, sondern auch und vor allem mit einem schlechten Image in unserer Gesellschaft. Viele reden über die Landwirte aber nicht mit ihnen.

Das alles hat Folgen: Die Landwirte fühlen sich verlassen – und kapitulieren. Seit 1990 haben 57% der Betriebe aufgegeben. Das verändert auch das Land. Die Betriebe benötigten einen fairen Rahmen, der Planungs- und Rechtssicherheit bietet. Denn wir alle wollen weiterhin auf eine regionale, bäuerliche und familiengeführte Landwirtschaft in unserem Land setzen. Hier ist auch die Europäische Union gefordert, entsprechende Vorgaben zu machen und einen verlässlichen Rechtsrahmen zu setzen, der Planungssicherheit für unsere Landwirte garantiert.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion begleiten deshalb den Prozess der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene aktiv. Aktuell haben wir eine weitere Konkretisierung beschlossen. In unserem Positionspapier „Unsere Kulturlandschaft – Grundlage für ein vielfältiges und reiches Leben“ fordern wir unter anderem:

- Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur
- EU-Haushaltsausstattung für die GAP im bisherigen Volumen
- Stärkere Förderung der ersten Hektare und der Junglandwirte

- Anreize und Wertschätzung statt Verbote beim Umwelt- und Artenschutz
- Gekoppelte Zahlung EU-weit beenden
- Bürokratie abbauen und den Verwaltungsaufwand beschränken

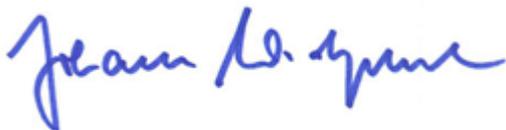
Bei all unserem Handeln müssen wir das Gespräch mit unseren Landwirten suchen und deren Kenntnisse, Erfahrungen und Hinweise ernst nehmen. Die Proteste haben gezeigt, dass wir als CSU/CDU-Fraktion neue Dialogformate entwickeln müssen, um Landwirte als Praktiker noch besser in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Gerade bei der Umsetzung des Insektenschutzprogramms oder bei der Ackerbaustrategie müssen die Landwirte aktiv beteiligt werden und ihre Anregungen in die Gesetzgebung miteinfließen. Die jüngsten Gespräche der Organisatoren der Proteste mit Julia Klöckner müssen dabei ein Auftakt sein.

Aber auch die Gesellschaft in Gänze ist aufgefordert, sich zu entscheiden, welche Landwirtschaft sie in Zukunft tatsächlich will. Die Bürger erwarten von den Bauern, dass sie die Umwelt schützen, weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen und die Tiere nach höchsten Standards halten. Gleichzeitig geben die deutschen Verbraucher für ihre Lebensmittel auch im europäischen Vergleich rekordverdächtig wenig Geld aus. Das passt nicht zusammen. Zudem müssen wir den wissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht werden, wie den Insektenrückgang, den Klimawandel und der Tatsache, dass die EU-Kommission von deutscher Seite die Nachbesserung der Düngeverordnung für ein besseres Grundwasser verlangt.

Weil das enorme Belastungen für die Bauern bringt, müssen wir Ihnen helfen und unterstützen. Das, was die Erzeugung in Deutschland und Europa aufgrund höherer Umweltstandards mehr kostet, muss ausgeglichen werden. Dazu müssen wir die entsprechenden Konzepte liefern. Ich selbst werde mich mit unserem Ministerpräsidenten, Daniel Günther und Tobias Koch, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag, am 18. November zu einem Gespräch zu diesen Themen treffen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Ihr



Johann Wadephul